Niederschrift

25. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
10. November 2026, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 2 der Tagesordnung: Verwendung der dem City Tax Beirat aus der Übernachtungssteuer (City Tax) bereitgestellten Mittel zur Förderung touristischer Projekte im Jahr 2027
Vorlage: 2026/0810

Beschluss:
Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die vom City Tax Beirat am 15. Oktober empfohlenen Projekte gemäß der Anlage. Die Verwaltung wird mit der Koordination der Umsetzung beauftragt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen (1 Nein-Stimme)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf und führt aus, es hätten mehr Anträge vorgelegen, als mit den verfügbaren Mitteln hätten berücksichtigt werden können. Zugleich hebt er hervor, dass durch das Verfahren eine gute Kommunikationsdynamik zwischen den Beteiligten im City Tax Beirat entstanden sei.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) erklärt, der Vernetzungseffekt sei ein wesentlicher Mehrwert des City Tax Beirats, weil dort unterschiedliche Akteurinnen und Akteure gezielt über Standortförderung mit touristischem Mehrwert berieten. Im Frühjahr beziehungsweise bis Ende des zweiten Quartals solle über die Fortentwicklung der Arbeit des Beirats gesprochen werden, insbesondere mit Blick auf den vermuteten hohen administrativen Aufwand, dessen Verschlankung sowie die Frage, wie die 400.000 Euro so eingesetzt würden, dass ein nachhaltiger touristischer Mehrwert für Karlsruhe und die Karlsruherinnen und Karlsruher entstehe. Ebenso sei über die Wirkung der einzelnen Maßnahmen zu sprechen. Ihre Fraktion trage das Ergebnis des City Tax Beirats mit, auch wenn man nicht mit jeder Einzelheit einverstanden sei.

Stadtrat Hofmann (CDU) bekundet ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion. Er hält die nachträgliche Evaluierung der geförderten Projekte für wesentlich, um festzustellen, welcher Mehrwert tatsächlich entstanden sei. Da die City Tax gemeinsam mit Dehoga und weiteren Akteuren eingeführt worden sei, müsse auch der weitere Weg gemeinsam mit den Beteiligten beschritten werden.

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier

Stadtrat Dr. Huber (SPD) führt aus, auch seine Fraktion könne sich der positiven Bewertung anschließen. Es sei ein gelungenes Beteiligungsprozessmanagement betrieben worden; die Liste der geförderten Maßnahmen bilde inhaltlich gut ab, was man sich vorgestellt habe. Stets sei die touristische Wirkung im Blick zu behalten, damit die Förderungen nicht als Lückenbüßer für an anderer Stelle entstandene Haushaltslücken genutzt würden. Eine regelmäßige Evaluierung sei notwendig. Zudem müsse künftig verhindert werden, dass bei 400.000 Euro Fördervolumen unverhältnismäßig hohe Personalkosten für Prüfung und Kategorisierung der Anträge entstünden. Seine Fraktion trage die Vorlage mit; eine erneute Diskussion der Einzelprojekte im Gemeinderat halte er nicht für angezeigt.

Stadtrat Schnell (AfD) erkennt an, dass viele vernünftige Vorschläge enthalten seien. Er kritisiert jedoch, dass aus dem Kulturbereich nahezu alle Anträge zurückgenommen worden seien, bis auf ein einziges Projekt, das seit zwei Jahren kommerziell erfolgreich sei und erfolgreich durch Europa toure. Es sei aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar, dass eine Veranstaltung, die andernorts ohne Zuschüsse funktioniere, in Karlsruhe mit 10.000 Euro bezuschusst werden müsse. Aus diesem Grund werde man den Vorschlag ablehnen

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW) erklärt, seine Fraktion habe grundsätzlich ein Problem mit der Citytax, weil diese nach ihrer Einschätzung vorrangig der Einnahmenbeschaffung für die Stadtkasse diene, während nur ein geringer Teil in die Tourismusförderung fließe und für die Übernachtungsbetriebe erhebliche Bürokratie verursache. Wenn die Steuer aber bereits erhoben werde, müsse jedenfalls die Verwendung der Fördermittel überzeugen. Für 2027 stünden 400.000 Euro zur Verfügung; es handle sich um ein lernendes System. Die Zusammensetzung des Beirats halte man nicht für optimal; es sei darauf zu achten, dass nicht zu viele Beteiligte die Entscheidungsfindung erschwerten.

Mit Blick auf Durlach führt er aus, für das Konzept „Denkmal in Durlach“ seien 30.000 Euro vorgesehen, was aus Sicht des gesamten Durlacher Ortschaftsrats nicht ausreiche. Es bestehe eine Schieflage zwischen den in Durlach generierten Einnahmen aus der Übernachtungssteuer und den vorgesehenen 30.000 Euro. Im Übrigen schließt er sich den Ausführungen zur notwendigen Evaluierung an; Maßstab des Erfolgs müsse sein, ob die Förderung tatsächlich einen Zusatznutzen erzeuge.

Stadträtin Döring (KAL) weist darauf hin, Durlach werde zwar als Stadtteil mit vielen Einnahmen genannt, sei aber zugleich der einzige Stadtteil, der in der Mittelverteilung gesondert betrachtet und berücksichtigt worden sei. Es handele sich um eine City Tax, die gesamtstädtisch wirken solle, weshalb die Mittel auch gesamtstädtisch eingesetzt werden sollten. 30.000 Euro seien bei insgesamt 400.000 Euro Fördervolumen kein geringer Betrag. Insgesamt halte sie die gefundene Lösung für gut.

Stadtrat Kalmbach (FÜR) fragt nach der Höhe der bisherigen Einnahmen aus der City Tax, um das Verhältnis zwischen Einnahmen und vorgesehenen Ausgaben einordnen zu können.

Ortsvorsteherin Ries (OV Durlach) merkt an, der Durlacher Ortschaftsrat habe sich einvernehmlich dafür entschieden, den Antrag für 2027 zurückzustellen. Dies geschehe ausdrücklich nicht, weil das Verfahren, der City Tax Beirat oder dessen Arbeitsweise kritisiert würden.
Die Projektidee habe darin bestanden, historische Stadtbesuche mit dem Naturparkangebot über den Turmberg zu verbinden und damit neue Zielgruppen nach Durlach und damit nach Karlsruhe

zu holen. Diese Idee wolle man weiterverfolgen; sie sei mit bürgerschaftlichem Engagement professionell entwickelt worden. Faktisch reichten 30.000 Euro für die Umsetzung jedoch nicht aus. Der Ortschaftsrat sei deshalb nicht undankbar, sondern stelle lediglich fest, dass eine seriöse Umsetzung unter diesen Rahmenbedingungen nicht möglich sei. Man wolle weitere Gespräche führen und nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten suchen.

Bürgermeisterin Luczak-Schwarz beantwortet die Frage nach Einnahmen und Mittelverwendung. Es seien Einnahmen aus der City Tax in Höhe von knapp 5.000.000 Euro geplant, die voraussichtlich auch erreicht würden. Davon sei im letzten beziehungsweise vorletzten Doppelhaushalt die Hälfte zur Gegenfinanzierung von Anträgen aus den Haushaltsberatungen verwendet worden, sodass rund 2.500.000 Euro verblieben seien. Von diesen 2.500.000 Euro seien 400.000 Euro als Budget des Beirats vorgesehen worden, weitere 100.000 Euro entfielen auf Personalkosten beziehungsweise Verwaltungsaufwand. Die verbleibenden 2.000.000 Euro seien zu gleichen Teilen als Zuschüsse an KTG und KME für touristische Leistungen beziehungsweise für Event- und Kulturleistungen verwendet worden. Rechne man die Personalkosten heraus, flössen somit 2.400.000 Euro aus der City Tax in entsprechende Zwecke.

Viele Projekte kämen der Gesamtstadt und damit auch Durlach zugute. Zum Durlacher Projekt führt sie aus, im Beirat sei gesehen worden, dass ursprünglich 80.000 Euro beantragt worden seien und die vorgesehenen 30.000 Euro nur einen Teil darstellten. Gleichwohl sei signalisiert worden, dass bei entsprechender Bereitstellung von Mitteln im Haushalt 2028/2029 eine zweite Tranche in Betracht gezogen werden könne; ergänzend habe KTG gegebenenfalls weitere 5.000 Euro in Aussicht gestellt. Insgesamt halte sie dies für ein gutes Gesamtkonzept.

Der Vorsitzende merkt an, wenn Antragsteller das bewilligte Geld anschließend nicht annähmen, werde dies nicht positiv aufgenommen werden; in einem solchen Fall müsse künftig überlegt werden, ob derartige spezifische Anträge überhaupt noch zugelassen würden. Er plädiert dafür, die Gegenüberstellung von „der Stadt“ einerseits und „Durlach“ andererseits zu überwinden. Die spezifischen touristischen Aspekte Durlachs müssten in die Gesamtstrategie der Stadt eingebunden und zugleich gesondert gefördert werden. Die 30.000 Euro wertet er als guten Start; er spricht sich ausdrücklich dagegen aus, die Mittel zurückzuweisen.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) erklärt, für ihre Fraktion gebe es Karlsruhe insgesamt, und hierzu gehöre Durlach selbstverständlich dazu. Der besondere touristische Charakter Durlachs werde anerkannt und auch in touristischen Kampagnen berücksichtigt. Daher irritiere es sie, wenn der Eindruck erweckt werde, Durlach werde vergessen.

Stadtrat Hofmann (CDU) hebt hervor, dass man Durlach im City Tax Beirat ganz bewusst als einzigen Stadtteil gesondert einbezogen habe. Man solle aufhören, in Kategorien gegeneinander zu argumentieren. Er regt an, gegebenenfalls die Mittel zurückzustellen, falls sie für das entwickelte Konzept nicht ausreichten, statt sie demonstrativ abzulehnen. Ziel müsse sein, wieder stärker zusammenzufinden.

Stadtrat Schnell (AfD) regt ergänzend an, bei einer künftigen Gästebefragung auch zu erheben, welche Orte und Sehenswürdigkeiten die Besucherinnen und Besucher in Karlsruhe tatsächlich aufsuchten.

Ortsvorsteherin Ries (OV Durlach) weist darauf hin, es sei verabredet gewesen, dass die Beschlussvorlage beschlossen werden könne und die Durlacher Mittel dann zurückgestellt würden. Die Durlacher verstünden sich sehr wohl als Teil Karlsruhes. Ferner widerspricht sie dem Eindruck, der Ortschaftsrat habe beleidigt reagiert; vielmehr habe es sich um einen seriösen Beschluss gehandelt. Ihr Anliegen sei gewesen darzustellen, dass es darum gehe, gemeinsam voranzukommen und die Möglichkeiten, die Durlach für die Gesamtstadt einbringen könne, künftig auch tatsächlich zu nutzen.

Der Vorsitzende verweist nochmals ausdrücklich auf die Gefahr, die mit einer Zurückstellung des Antrags verbunden sei. Zugleich fordert er Durlach auf, nicht den Eindruck zu erwecken, die bewilligten Mittel zurückzuweisen. Vielmehr solle mit den Mitteln nun so viel Vernünftiges angestoßen werden, dass im nächsten Jahr eine weitergehende Berücksichtigung im Cityt Tax Beirat möglich werde.

Er betont nochmals, man arbeite an der Gesamtstadt ebenso wie an den besonderen Profilen der Innenstadt und Durlachs.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen und stellt mehrheitliche Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
13. November 2026